

i Fijáte!

Nachrichten •

Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 382

4. April 2007

13. Jahrgang

Auf der Suche nach Sicherheit, Teil 1

Die Sicherheitsfrage beschäftigt im Moment die guatemalteckische Regierung und Bevölkerung wie kein anderes Thema. Seien es die alltäglichen Sicherheitsbedrohungen, denen die Menschen auf dem Arbeitsweg, in den öffentlichen Verkehrsmitteln, beim Einkaufen oder in der Freizeit ausgesetzt sind, oder seien es die Un-Sicherheiten, die selbst staatliche Gefüge, wie gewisse Ministerposten und ganze Institutionen wie die Polizei ins Wanken zu bringen drohen - eine gangbare Lösung, wie dem Phänomen kurzfristig begegnet werden kann, kennt niemand.

Wir veröffentlichen im Folgenden (und den zweiten Teil im nächsten ¡Fijáte!) eine differenzierte Analyse des Problems, die Carmen Rosa de León-Escribano in der Zeitschrift *diálogo* von FLACSO im März 2007 machte. León-Escribano ist Leiterin des *Instituts für eine Erziehung zur nachhaltigen Entwicklung* (IEPADES) und Mitglied der *Beratenden Gruppe für Sicherheitsfragen* der guatemalteckischen Regierung.

Sicherheit und Freiheit

Die jüngsten Ereignisse in Guatemala – die Ermordung drei salvadorianischer Abgeordneter plus Begleiter, die Hinrichtung von vier der Tat verdächtigen Polizisten in einem Hochsicherheitsgefängnis, die Ausreise eines hohen Polizeifunktionärs, ohne dass er einer Untersuchung ausgesetzt werden konnte, ebenso wie die Tatsache, dass nichtautorisierte Personen an geheimdienstlichen und polizeilichen Aktionen der *Zivilen Nationalpolizei* (PNC) teilgenommen haben – machen deutlich, dass es nicht nur grosse Mängel im juristischen und Sicherheitssystem (inkl. Gefängnisse) gibt, sondern auch ein hohes Mass an Straflosigkeit, in dessen Schatten sich die Sicherheitskräfte und Mitglieder des organisierten Verbrechens bewegen.

Dieser Situation liegt eine Reihe von getroffenen und unterlassenen Massnahmen verschiedener Regierungen zugrunde, ebenso das Fehlen einer öffentlichen Politik, die auf den gesellschaftlichen Bedürfnissen basiert und diese in politisches Handeln umsetzt. Die Sicherheit gehörte bisher zur „Kriegsbeute“ derjenigen politischen Partei, die gerade an der Macht war; gleichzeitig wandelte sich die Polizei zu einem Instrument derer, die neben der gewählten Regierungen die Fäden der Macht in den Händen hielten. Die Vernachlässigung der Sicherheit als ein von der Verfassung garantiertes Allgemeingut kennzeichnet diese Entwicklungen, ebenso der Mangel an politischem Willen seitens der Regierungen, den zivilen Charakter der Sicherheit zu stärken. Um den jeweiligen konjunkturellen Notwendigkeiten nachzukommen, griffen die Regierungen auf die einfache Lösung zurück und beauftragten kurzerhand das Militär mit der Erhaltung der inneren Sicherheit. Dies führte zu einer Vermischung der Funktionen von Polizei und Armee und zur Vernachlässigung einer institutionellen Stärkung der Polizei. Das Fehlen einer mittel- und längerfristigen Strategie konvertierte die Polizei in eine reaktive Behörde, die sich immer noch der Praktiken der Vergangenheit bedient. Das Fehlen von Koordination zwischen den Justiz- und Sicherheitssystemen wird ergänzt von einem grossen Vakuum und vielen Grauzonen innerhalb der Zusammenarbeit der beiden Bereiche.

Das Ergebnis des oben Beschriebenen ist eine Gesellschaft, die sich der zunehmenden Delinquenz ausgeliefert

fühlt, die keine Rechtssicherheit hat und ebenso wenig Vertrauen in die staatlichen Institutionen zeigt. Dieses Un-Sicherheitsphänomen führt dazu, dass sich die Leute hinter Gitter und Alarmanlagen verschanzen, sich Waffen zulegen oder von privaten Sicherheitsagenten bewachen lassen. Nach und nach gibt die Bevölkerung ihre eigenen Freiheiten auf in der Hoffnung, das Sicherheitsgefühl zu erhöhen. Die Ironie an dem Ganzen ist, dass ja eigentlich die Sicherheit die Grundlage für Freiheit wäre. Doch wir machen uns täglich mehr zu Gefangenen in unseren eigenen Häusern und Wohnvierteln und schränken unsere Bewegungs- und Reisefreiheiten ein. Wir haben uns in einem Un-Sicherheitsknäuel verstrickt und sind zu gewalttätigen Lösungsansätzen bereit ohne zu merken, dass wir dadurch die soziale Gewalt verschärfen und repressive Massnahmen befürworten, um Probleme anzugehen, deren Ursache der Ausschluss, die Diskriminierung und die Ungleichheit sind.

Weshalb funktioniert die Sicherheit nicht?

Das Sicherheitsmodell von Guatemala hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten verändert. Während des internen bewaffneten Konflikts wurde ein Modell entwickelt, in dem die Interessen des Staates das Objekt von Sicherheit und Verteidigung waren. Jeder Bürger und jede Bürgerin, der/die sich gegen die Institutionen oder die offizielle Meinung aussprach, wurde der Subversion verdächtigt. Die Staatsinteressen waren verknüpft mit den Interessen mächtiger Gruppen, das Gemeinwohl blieb auf der Strecke und es kam zu einer Konfrontation zwischen dem Staat und seinen Institutionen auf der einen und der Mehrheit der Bevölkerung, die sich für wirtschaftliche und soziale Veränderungen einsetzte, auf der anderen Seite. Folge davon war die Etablierung von Sicherheitsapparaten, die auf Verfolgung und Repression setzten und die grundlegendsten Menschenrechte verletzten. Als Reaktion auf diese schmerzhaften Vergangenheit und in der Absicht, diese in Zukunft nicht mehr zu wiederholen, wurde seit Beginn der demokratischen Periode die Notwendigkeit einer Transformation des Staates betont. Eine Transformation hin zu einem Staat, der die Einhaltung der Menschenrechte und

die BürgerInnenbeteiligung ins Zentrum seiner Aktivitäten und Politiken setzt und die Normen und Anwendung der Justiz beherzigt. Die Reform der Sicherheitsapparate ist ein fundamentaler Bestandteil einer solchen Transformation.

Das Konzept zu verändern und das Sicherheitsmodell zu transformieren ist nicht einfach. Es geht nicht bloss darum, die Institutionen auszuwechseln sondern auch darum, die Gesellschaft als solche zu verändern und sie nicht-gewalttätige Konfliktlösungsansätze zu lehren. Deshalb ist es unabdingbar, in dieses neue Modell eine gemeinschaftsbezogene Vision zu integrieren und den präventiven Ansatz zu stärken. Dies erlaubt, Knackpunkte des sozialen Zusammenlebens zu definieren und Verhaltensweisen zu identifizieren, um diese kollektiv, über Aufklärung und Bildung in den grundlegendsten Sicherheitsbelangen, zu verändern. Es ist auch wichtig, das demokratische Sicherheitsmodell mit positiven Elementen lokaler Konfliktbearbeitungsmethoden zu ergänzen.

Die Reform des Sicherheitssektors

Die Sicherheit in Guatemala basiert einerseits auf einem normativen Rahmen und hängt andererseits vom Handeln der zuständigen Institutionen ab. Die Sicherheitsdoktrin, die sich auch für eine Reform des Sicherheitssektors ausspricht, wurde im Kontext der Demokratisierung des Staates erarbeitet und stützt sich auf die 1985 überarbeitete Verfassung. 1995 unterzeichnete Guatemala das „Rahmenabkommen über demokratische Sicherheit in Zentralamerika“, das ein regionales Sicherheitsmodell unterstützt, welches auf den Vorrang und die Stärkung einer zivilen Macht setzt, auf die Sicherheit der Personen und deren Besitz, auf die Überwindung von Armut und extremer Armut, auf die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung, auf den Schutz der Umwelt, auf die Bekämpfung der Gewalt, der Korruption, der Straflosigkeit, des Drogen- und Waffenhandels und auf eine Neuverteilung der finanziellen Ressourcen zugunsten der Lösung sozialer Probleme.

Im Rahmen des Friedensprozesses wurde 1996 das Abkommen über die Stärkung der staatlichen Verwaltung und Aufgaben der Streitkräfte unterzeichnet. Darin geht es unter anderem um die Rolle der zivilen Polizei, die Schaffung eines zivilen und strategischen Geheimdienstes sowie um die Einführung einer *Beratenden Gruppe in Sicherheitsfragen* (CAS), wodurch VertreterInnen der Zivilgesellschaft an der Ausarbeitung öffentlicher Politiken teilhaben können. Die Aufgabe des Militärs wiederum wird auf den Schutz der Grenzen gegenüber Angriffen von aussen reduziert. Ebenfalls

wird in dem Abkommen die Erarbeitung einer Sicherheitsagenda festgelegt, die ein sehr breites Konzept umfasst, die Einhaltung der Menschenrechte garantiert, den multiethnischen und mehrsprachigen sowie multikulturellen Charakter des Landes respektiert, die ökonomische Entwicklung an soziale Gerechtigkeit und Partizipation knüpft und eine demokratische Verfassung verspricht.

Dies umzusetzen fordert natürlich eine Modifizierung des bisherigen Sicherheitsmodells. Das bisherige autoritäre, vertikale, repressive und kontrollierende Modell muss abgelöst werden von einem einschliessenden, auf Dialog beruhenden, horizontalen, die Bedürfnisse der einzelnen AkteurInnen berücksichtigenden Modell, in dem Sicherheit auf Solidarität und Organisation der Bevölkerung beruht. Ein solches Modell muss die Beziehung zwischen der Gesellschaft und dem Staat sowie das Vertrauen, speziell in Sachen Sicherheit, berücksichtigen und zum Ziel haben, die Polizei zur Mediatorin in sozialen Konflikten und zur grossen Verbündeten der Bevölkerung bei der Lösung ihrer alltäglichen Probleme zu erheben.

In diesem Kontext kann man Sicherheit als einen permanenten Konstruktionsprozess bezeichnen, in dem sich eine Nachkriegsgesellschaft wie die guatemaltekeische im Übergang befindet von einem autoritären Regime, das auf Repression und die Verfolgung von „Staatsfeinden“ basierte, hin zu einer Institutionalisierung der öffentlichen Sicherheit in einem demokratischen Staat, der auf eine kollektive Entwicklung setzt, deren Kernelemente Prävention und Partizipation sind.

In einem solchen Prozess ist es logisch, dass es zu einem Ringen zwischen der neuen Sicherheitsdoktrin und den daraus abzuleitenden Handlungsweisen und den Praktiken der Vergangenheit kommt. Eine institutionelle Reform zieht konsequenterweise auch organische Veränderungen nach sich, die sich in der Verhaltensweise gegenüber der Bevölkerung, in der Prioritätensetzung und schliesslich auch im Budget niederschlagen müssen. In dieser Übergangsphase ist zu beobachten, dass, während sich langsam ein Verständnis von Konfliktprävention und Opferschutz durchsetzt, in der nationalen Zivilpolizei nach wie vor Repression und Menschenrechtsverletzungen an der Tagesordnung sind, wie in den zahlreichen Berichten des Ombudsmannes für Menschenrechte oder der sozialen und internationalen Organisationen immer wieder festgehalten wird.

Das heisst nicht, dass die PNC nicht ihrer Aufgabe der Verbrechenuntersuchung und -bekämpfung nachkommen

soll. Im Gegenteil, es braucht eine Institution, die die Bevölkerung vor delinquenten Übergriffen schützt, egal, woher die kommen. Diese Institution muss ausgebildet und darauf spezialisiert sein, Verbrechen vorzubeugen und/bzw. sie braucht die operativen Mittel, um diese zu untersuchen und aufzuklären. Dabei muss klar sein, dass sämtliche ihrer Aktionen streng nach dem Gesetz verlaufen.

Es ist auch wichtig zu verstehen, dass Sicherheit und Justiz Teile desselben Systems sind. Die Polizei ist zuständig für die Vorsorge und Verhinderung von Verbrechen. Dabei arbeitet sie eng mit der Bevölkerung zusammen. Wird ein Verbrechen trotzdem begangen, muss die Polizei dafür sorgen, dass die Verantwortlichen verhaftet und dem zuständigen Gericht übergeben werden. Gleichzeitig muss sie sich um den Schutz der Opfer kümmern. In diesem Moment beginnt der andere Teil – die Justiz – in Aktion zu treten. Sie muss sich in erster Linie um die Entschädigung der Opfer kümmern und den Täter angemessen bestrafen, sobald seine Schuld erwiesen ist. Dazu ist das Beweismaterial wichtig, das die Polizei bei ihren Untersuchungen sichergestellt hat. Schliesslich, wenn der Täter schuldig gesprochen ist, muss dieser seine Strafe verbüssen. Dabei ist wichtig zu verstehen, dass das Gefängnis nicht das letzte Glied in der Kette ist, sondern eine Phase der Rehabilitation, damit der Täter sich wieder in die Gesellschaft integrieren kann.

(Fortsetzung im nächsten ¡Fijáte!)

¡Fijáte!

Herausgegeben von:
Solidarität mit Guatemala e.V.

Bankverbindung:

Postbank Karlsruhe

BLZ: 660 100 75

Kto. -Nr.: 32 95 01-751

Redaktion:

Barbara Müller

Christiane Treeck

c-tree@gmx.net

Aboverwaltung:

Ewald Veier

Rahel-Varnhagen-Str. 15

79100 Freiburg

fijate@web.de

Jahres-Abo: 55.- €

Auslands-Abo: 60.- €

E-Mail-Abo: 50.- €

Erscheinungsweise 14-täglich.

Nachdruck mit Quellenangabe

erwünscht.

www.guatemala.de/Fijate

Freihandelsabkommen mit den USA trägt erste (faule) Früchte

Guatemala, 14. März. Ganz im Schatten des Medienrums rund um den Staatsbesuch von US-Präsident Bush und während dieser und sein guatemaltekischer Kollege Oscar Berger die Vorteile und Erfolge des am 1. Juli 2006 unterzeichneten Freihandelsabkommens lobten, wurde unter Berufung auf ebendieses die erste internationale Klage wegen „Gewinneinbussen“ eines US-amerikanischen Privatunternehmens gegen den Staat Guatemala eingereicht.

Klägerin ist die *Railroad Development Corporation* (RDC), die während der Privatisierungswelle unter dem damaligen Präsidenten Alvaro Arzú im Jahr 1996 das guatemaltekische Eisenbahnunternehmen FEGUA für 50 Jahre in Konzession übernahm. Begründet wird die Klage damit, dass Guatemala seinen Teil des Kaufvertrags nicht eingehalten habe, der darin bestehen würde, einerseits einen gemeinsamen Unterhaltsfonds mit 3 Mio. US-\$ zu öffnen, andererseits das Durchgangsrecht zu garantieren und die illegal besetzten Armenisiedelungen entlang der Bahnlinie zu räumen, damit die Strecke überhaupt wieder in Betrieb genommen werden kann. Gefordert werden Entschädigungen in der Gesamthöhe von 65 Mio. US-\$, die 15 Mio. bereits getätigte Investitionen der RDC und weitere 50 Mio. zukünftige Gewinneinbussen decken sollen.

Dieser Klage vorausgegangen war eine Anzeige der guatemaltekischen Regierung gegen RDC im August 2006, in der das Unternehmen beschuldigt wird, im Gegenzug für die Benutzung der 12 noch aus FEGUA-Beständen stammenden Lokomotiven nicht in die Reparatur und Wiederinbetriebnahme des Bahnbetriebs zu investieren und damit die guatemaltekischen Staatsinteressen zu schädigen. Dabei hatte die Klägerin, also die guatemaltekische Regierung, vergessen, dass sie kurz zuvor mit den Vereinigten Staaten das Freihandelsabkommen CAFTA unterzeichnet hatte, in dessen Kapitel 10 den ausländischen (Privat-) Investoren diverse Freiheiten und juristische Mittel in die Hände gelegt wurden.

Während die Klage guatemaltekischer Staat vs. RDC in den guatemaltekischen Gerichtsmühlen stecken geblieben ist, wird die Klage RDC vs. guatemaltekischer Staat vor dem *Internationalen Zentrum für die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten* (ICSID) in Washington, einer „unabhängigen internationalen Organisation“, die jedoch der Weltbankgruppe angehört, verhan-

delt werden.

Die juristischen Interessen der RDC werden ausgerechnet von Regina Vargo vertreten, die bei der Verhandlung des CAFTA Leiterin der US-amerikanischen Delegation war und entsprechend jedes Wort dieses Vertrags kennt. „RDC hat das absolute Recht, diesen Fall vor ein internationales Schiedsgericht zu tragen“, lautet ihr simpler Kommentar zu der Angelegenheit.

Die guatemaltekische Regierung hat nun zwei Monate Zeit, um sich eine juristische Strategie zurechtzulegen. Ein solcher Prozess kann laut ExpertInnen bis zu zwei Jahren dauern. Wird der guatemaltekische Staat verurteilt, muss er zur auferlegten Entschädigungszahlung mit einer zusätzlichen Strafzahlung bis zu 15 Mio. US-\$ rechnen.

Darauf angesprochen, meinte der guatemaltekische Generalprokurator Mario Gordillo, RDC handle wohl etwas überstürzt. Zuerst würde ihnen im Land selber noch ein Gerichtstermin bezüglich der Klage wegen „Schädigung der Staatsinteressen“ bevorstehen. Weiter meinte er, dass Guatemala gemäss Kapitel 10 des CAFTA höchstens zu einer Strafzahlung von 15 Mio. US-\$ verurteilt werden könne und nie und nimmer zu den von der RDC geforderten 65 Mio.

Eine andere konkrete Folge des Inkrafttretens des Freihandelsabkommens CAFTA ist gemäss der Nachrichtenagentur Poonal eine starke Zunahme der Polizeieinsätze gegen den Handel mit falschen Markenprodukten. Der letzte Einsatz, bei dem die *Nationale Zivilpolizei* PNC beinahe eine Million Raubkopien von CDs und DVDs bei StrassenhändlerInnen im Zentrum der Hauptstadt beschlagnahmte, fand Anfang Februar statt. Im Zuge der Aktion, an der 160 BeamtInnen der Polizei (PNC) und 40 Kräfte der Militäreinheit beteiligt waren, wurde ein Verkäufer verletzt und ein weiterer verhaftet. Bei den Protesten am darauf folgenden Tag wurden weitere zehn VerkäuferInnen verhaftet, denen man „Terrorismus und Störung der öffentlichen Ordnung“ vorwirft.

Nach dem Einsatz gab die Guatemaltekisch-Amerikanische Handelskammer (AmCham Guatemala) die Veröffentlichung einer Studie mit dem Titel „Piraterie in Guatemala“ bekannt, nach der jedeR Guatemaltekin monatlich 25 US-Dollar für den Kauf von gefälschten Produkten aufwende. Jährlich handle es sich um rund 392,4 Millionen US-Dollar, die dem Fiskus aufgrund der nicht gezahlten Mehrwertsteuer verloren gingen. Kopierte CDs zählten zu den am

meisten verkauften illegalen Produkten (28%), gefolgt von Kleidung (16%), Schuhen (14%), Parfüm (10%), DVDs (8%) und Sportschuhen (5%).

Die Abteilung für Patentrecht und Markenschutz der USA schult PNC-BeamtInnen in der Erkennung gefälschter Produkte und in der Prozedur einer Razzia. Dies sei nach der Auffassung von Carolina Castellanos, der Vorsitzenden der AmCham Guatemala, deshalb notwendig, weil die PNC zwar gefälschte Produkte beschlagnahme, nicht aber die Geräte, die während der Produktion zum Einsatz kommen. „Es ist notwendig, alles, was mit dem illegalen Vorgehen in Verbindung steht, zu beschlagnahmen, auch Computer und andere technische Geräte zur Verpackung, Etikettierung sowie Stühle und Lampen wenn nötig.“ Castellanos wies weiter darauf hin, dass hinter der Herstellung und Verbreitung illegaler Produkte Netzwerke des organisierten Verbrechens stünden und unterstellt ihnen die Verbindung zum Drogen- und Waffenhandel.

Die Informationen der Staatsanwaltschaft deuten hingegen auf eine andere Version als die von AmCham hin. Laut Mynor Melgar von der Abteilung für Verstösse gegen das Patentrecht werde ein Teil der Produkte in Guatemala selbst produziert. Ein weiterer Teil stamme aus China und gelange über die mexikanische Grenze nach Guatemala. Melgar ist der Auffassung, dass CDs und DVDs vorwiegend in kleinen Familienunternehmen hergestellt würden. Zur Herstellung genüge ein einfacher Computer im Wert von 650 US-Dollar und die meisten der Familien, die in diesem Geschäft tätig sind, gehörten zum ärmeren Teil der Bevölkerung. Nach Angaben Melgars gibt es auch keine Hinweise darauf, dass das zugegebenermassen „lukrative Geschäft“ des Verkaufs von Produktfälschungen im Zusammenhang zum organisierten Verbrechen stünde.

Bevor das Freihandelsabkommen in Kraft trat, lag die Strafe für Patentrechtsverletzungen bei ein bis vier Jahren auf Bewährung, nach in Kraft treten, wurde diese auf sechs Jahre ohne Bewährung angehoben. Die Handelskammer AmCham, die eine konsequente Umsetzung der im Abkommen festgelegten Vereinbarungen fordert, verlangt die Anhebung des Strafmasses auf zehn Jahre, was laut Melgar „keine Lösung darstellt“. Angesichts der hohen Zahl von beteiligten Personen würde das nur zu einer Überlastung des Justizapparates führen.

Neue IADB-Kredite, neue Schulden, anhaltender Ausschluss

Guatemala, 23. März. Neue Kredite in Höhe von US-\$110 Mio. für das nationale Krankenhausnetz, für ein Justizprogramm und ein Entwicklungsprogramm für das Departement Petén sind es, die Guatemala bei der vom 16.-20. März im Land veranstalteten 48. Versammlung der Regierenden der *Inter-amerikanischen Entwicklungsbank* (IADB) abgestaubt hat. Zudem wurden US-\$ 40 Mio. zur Kapitalanreicherung der *Ländlichen Entwicklungsbank* (Banrural) zu Gunsten von vermehrten Kleinkrediten und US-\$10 Mio. für die *Banco Agromercantil* zur Unterstützung von Kleinen ExporteurInnen zugesagt. Anstelle eines erhofften Schuldenerlasses, für den Guatemala die Kriterien nicht erfüllt, wurde dem Land der Zugang zu günstigeren Kreditkonditionen gewährt und zahlt zukünftig 4,5% anstelle von 6% Zinsen für Darlehen über US-\$ 100 Mio. Demgegenüber wurden Bolivien, Guyana, Haiti, Honduras und Nicaragua Schulden von insgesamt US-\$ 4,39 Mrd. erlassen.

Der Star dieser Tage, die anwesende Präsidentin Chiles, Michelle Bachelet, sagte eine bilaterale Unterstützung Guatemalas in Sachen Sicherheit und ein in voraussichtlich drei Monaten zu unterschreibendes Freihandelsabkommen zu und regte für die zentralamerikanische Region die Einrichtung eines Fonds für technologische Innovation an, der mit US-\$ 400 Mio. aus Chile und 800 Mio. von der IADB gefüllt wird. Unterdessen wählte Deutschland Guatemala als Pilotland für die Schaffung eines Marktes für ökologische Brennstoffe wie Ethanol und Biodiesel aus und will dabei mit technischer Beratung wie finanzieller Unterstützung zur Seite stehen, berichtete der Finanzminister Hugo Beteta. Guatemala ist das fünfte Zuckerexportland und verfügt über sechs Raffinerien, die täglich 720'000 Liter Ethanol produzieren. Laut Beteta hat Brasilien bereits Investitionsinteresse angemeldet, um Guatemala als Ethanol-Produktions- und Exportdrehscheibe in Richtung USA zu nutzen. Die IADB zieht nun nach und wird US-\$ 400'000 in Machbarkeitsstudien für kleine und mittlere Wasserkraftwerke finanzieren. Und der Delegierte der *Europäischen Kommission* in Guatemala kündigte an, dass diese €5 Mio. für Sonnenenergieprojekte in ländlichen Gegenden ausgeben wird.

Auch China will nicht hintanstellen. So wurde auf der Versammlung dessen Antrag diskutiert, sich als Aktionär an der IADB zu beteiligen. Immerhin wurde nun ein Memorandum aufgestellt, dass der formale Gesprächsprozess diesbezüglich aufgenommen wird.

Eine andere Initiative hingegen ern-

tete geteilte Meinungen: Die *Bank des Südens*, ein Vorhaben, das von Venezuelas Präsident Hugo Chávez als Gegengewicht zu den Finanzinstitutionen aus Washington (Weltbank und Internationaler Währungsfond) angekündigt wurde. Während Brasiliens Planungsminister Paulo Bernardo Da Silva berichtet, sein Land habe dem Projekt „seine Solidarität ausgedrückt“ und sich mit dieser Haltung zu Argentinien, Bolivien, Ecuador und wahrscheinlich Nicaragua gesellt, nahm der mexikanische Außenminister Ernesto Derbez die Gegenposition ein und ist der Ansicht, dass die Länder, die die Idee unterstützen, „nicht von Integration sprechen können“, da es „ein politisches Projekt“ eines Regierenden sei, womit er auf Chávez anspielte. Der aus Kolumbien stammende Präsident der IADB, Luis Alberto Moreno, übte sich indes in Diplomatie mit seinem Kommentar, dass das Fördern oder Aufhalten der *Bank des Südens* „eine souveräne Entscheidung der Länder ist, die sie gründen wollen“. Auch wenn die Bank die IADB nicht ersetzen will, wird sie doch enormen Druck auf die Zinssätze ausüben und die interessierten oder auch bedürftigen Länder werden mehr als eine Bankoption für ihre Darlehensanfragen haben. Die *Bank des Südens* genießt dabei den Pluspunkt, konkret zur lateinamerikanischen Integration beizutragen – halten doch die USA 30% der IADB-Aktien.

Auch das in Lateinamerika leidliche Thema der Notwendigkeit, die Steuereinnahmen zu erhöhen und zu garantieren, blieb nicht unerwähnt. Die designierte Präsidentschaftskandidatin für das *Encuentro por Guatemala*, Rigoberta Menchú, die in ihrem Beitrag in einem Kolloquium die Einmischung des organisierten Verbrechens vor allem in Form des Drogenhandels in den guatemalteken Regierungsstrukturen hervorhob, nahm ebenfalls auf das Thema Fiskus Bezug. Sie erinnerte daran, dass entgegen der Festlegung der Mehrwertsteuer auf 12% in den Friedensverträgen diese aktuell die 10%-Marke nicht übersteige.

Der Geschäftsführer des *Multilateralen Investitionsfonds* (FOMIN) der IADB, Donald Terry, warnte zudem davor, die Sendung von Geldrücküberweisungen („remesas“) der von lateinamerikanischen MigrantInnen vornehmlich aus den USA in ihre Heimatländer geschickt werden, als nachhaltiges Instrument gegen die Armut und extreme Armut zu betrachten und sich auf diese Gelder zu verlassen, die derzeit rund 40% der lateinamerikanischen Bevölkerung vor dem Elend bewahren. Mit US-\$ 3,61 Mrd. führt Guatemala die zentralamerikanische *remesa*-Empfängerliste an, was 10% seines BIP entspricht. Ferry kom-

mentiert: „Dieses Wachstum ist kein Grund zum Feiern, es reflektiert vielmehr die unzureichende Fähigkeit der Wirtschaftssysteme der Region, Möglichkeiten der Einnahmequellen für Millionen von EinwohnerInnen zu schaffen, die sich infolgedessen für die Emigration entscheiden.“

Schon im Vorfeld hatten Organisationen der Zivilgesellschaft die Delegierten der IADB – rund 4'000 aus 50 Ländern an der Zahl – aufgefordert, ihre Politik zu überdenken, würden doch mit ihren vermeintlichen Entwicklungsprogrammen zum einen der Privatsektor und zum anderen der Neoliberalismus an sich gefördert, stets auf Kosten der Ärmsten und der Natur. Die Zusammenschlüsse *Mesa Global*, der vornehmlich studentische *Anti-Imperialismus-Block* und die *Vereinigung für die Förderung und Entwicklung der Gemeinde* (CEIBA) veranstalteten zudem das „Alternativ-Forum zum IADB-Treffen in Guatemala“, auf dem sie zusätzlich die erneute Verschuldung der von der Bank bedachten Länder kritisierten, was wenig zur vordergründigen „Entwicklung“ derselben beitrage.

Der deutlichste Widerspruch zum angeblichen Motto der Versammlung des Sozialen Einschlusses und der Eliminierung der Diskriminierung, was Präsident Berger mit einem Zitat aus dem heiligen Buch der Maya, dem Popul Vuj „dass niemand zurückbleibe, dass alle sich erheben“, heraufbeschwören wollte, war der explizite Ausschluss von fünf prominenten VertreterInnen der Zivilgesellschaft. Aus „Sicherheitsgründen“ – so entschied die guatemalteke Regierung und die Versammlungsdelegierten erhoben keinen Einspruch – wurden dem guatemalteken Bischof aus San Marcos, Álvaro Ramazzini, dem Koordinator und der Sekretärin der Maya-Organisation *Waq'ib Kej*, Rodolfo Pocop und Juana Mulul respektive, Juana Batzibal, Programmleiterin für indigene Angelegenheiten des Menschenrechtszentrums CALDH, sowie Oscar Cabrera der BäuerInnenkoordination CONIC der Zutritt zu einer öffentlichen Pressekonferenz der IADB verwehrt.

Die IADB kann längst nicht mehr leugnen, dass ihre Politiken der strukturellen Anpassung gescheitert sind und sich die weltweite Realität inzwischen soweit verändert hat, dass die Bank von ihrer Pfandleihermentalität abkommen muss und sich um mehr Beteiligung und den tatsächlichen Kampf gegen die Armut widmen sollte. Jetzt müssten den Worten nur noch Taten folgen. Die 48. Gelegenheit dafür ist jedoch vertan.

Indigene Völker: aus dem Widerstand an die Macht

Guatemala, 31. März. „Der indigene Gipfel ist keine „ExpertInnentreffen“, sondern eine Veranstaltung von ProtagonistInnen“, stellte Ileana Alamilla in ihrer Kolumne in der Tageszeitung *Prensa Libre* klar und erklärte, dass es dieses Mal nicht, wie so oft, ExpertInnen, AkademikerInnen und Nicht-Regierungsorganisationen (NRO) seien, die über die „anderen“ diskutierten, sondern die TeilnehmerInnen selbst, die die Themen und die Tagesordnung nach ihrem eigenen Interesse bestimmen. Und so verwundert die Tatsache auch wenig, dass der *III Kontinentale Gipfel der indigenen Völker und Nationalitäten von Abya Yala* (= Lateinamerika), der vom 26.-30. März in Tecpán, Chimaltenango, veranstaltet wurde, allein aus den Teilnahmebeiträgen finanziert und von keiner Institution oder NRO gesponsert wurde. Gleichzeitig waren Nicht-Indigene herzlich eingeladen.

Auch der Veranstaltungsort setzte Zeichen. Nach dem Besuch von Präsident Bush gereinigt (¡Fijáte! 381) trafen sich in diesen Tagen mehr als 2000 Personen, indigene Delegationen aus rund 25 Ländern des amerikanischen Kontinents in Iximché, der heiligen Stätte der Maya. Iximché ist die ehemalige Hauptstadt der Maya-Kakchiquelen, die mit am längsten Widerstand gegen die eroberten Spanier geleistet hatten. Erst im Juli 1524, als er die ehemaligen BewohnerInnen unterworfen hatte, gründete der Eroberer Pedro de Alvarado hier die Stadt Villa de Santiago de los Caballeros.

Heute gilt das Departement Chimaltenango als eines der repräsentativsten in Bezug auf die wirtschaftlichen Aktivitäten der indigenen Gemeinden im westlichen Hochland, wo die Mehrheit der indigenen Bevölkerung Guatemalas lebt.

Nach dem ersten Gipfel 2000 in Mexiko und dem zweiten 2004 in Ecuador, zeichnet heuer bereits eine kontinentale Konsolidierung des gemeinsamen Kampfes um die Achtung und Ausübung der indigenen Rechte ab, auch wenn die Divergenzen und Zwiste innerhalb der Bewegung vor allem auf nationaler Ebene vielfach nicht ganz aus dem Weg geräumt sind.

Anliegen des hiesigen III Gipfels war das Sichtbarmachen der sozialen Forderungen mit der Absicht, zur Neugründung der Staaten beizutragen, damit die indigenen Gemeinden einen Zugang zur realen Teilnahme an denselben haben. Der Slogan lautete entsprechend: „Indigene Völker und Nationalitäten auf dem Weg zur Machtübernahme, auf der Suche nach einer gerechten und unseren Territorien“. So erwähnt die Anthropologin und Maya-K'iche', Irma Alicia Velásquez Nimatuj den bereits erzielten Erfolg, dass viele soziale Kämpfe der Indígenas sich bereits in Instrumen-

te gewandelt haben, die von den Vereinten Nationen übernommen und von einigen Staaten ratifiziert wurden, darunter die Konventionen, die Berichte der Sondergesandten und die Durchführung von Studien, die die komplexe Realität der ursprünglichen Völker des Kontinents widerspiegeln. Der Rundtisch zum Thema natürliche Ressourcen beschloss unterdessen, diesen Reichtum umzunennen in „Naturgut“, gründe sich der vorherige Begriff doch auf die Politik der transnationalen Unternehmen und des Imperiums“.

Als weitere Initiative ist ein Resultat des Kongresses eine diplomatische Mission einzurichten, die die indigenen Völker vor nationalen wie internationalen Organismen vertreten sollen, um die Rechte und alten Erben zu sichern. Zu den getroffenen Vereinbarungen auf dem Gipfel gehört die Verteidigung der Ahnenrechte auf die Territorien und die Gemeingüter der Mutter Natur, was die klare Ablehnung von Freihandelsverträgen sowie die Verurteilung des Mauerbaus zwischen Mexiko und den USA einschließt. Die GipfelteilnehmerInnen fordern die Absage an die Politik der Konzessionsförderung für Minen, Erdöl, Holz/Wald, Gas und Wasser.

Sowohl in den allgemeinen Diskussionen wie in der Frauengruppenebene kam man zu dem Schluss, dass noch eine Menge getan werden muss zur Beseitigung des Machismus und der Diskriminierung von Frauen, dass sich Räume für die Frauen öffnen müssen in der Politik und auch in Entscheidungsprozessen und der Justizverwaltung. Auch die

teilnehmenden Jugendlichen forderten den Staat zur stärkeren Mitbeteiligung auf. Gemeinsam appellierten Frauen und Jugend für ein Bildungsmodell, das an die soziokulturelle und linguistische Realität der indigenen Gemeinden angepasst ist und ihr entspricht.

Der Anthropologe Kajkoj Ba Tiul, Maya Poqomchi' gesteht in seinem Artikel in *Incidencia Democrática* ein, dass ein neuer Abya-Yala-Kontinent dringend notwendig sei, gleichzeitig bedürfe es jedoch auch einer Revision der organisativen Strukturen der indigenen Bewegung. „Es wäre sehr vorteilhaft, wenn eine der Konsequenzen der Beginn einer „des-oenegización“ der Organisationen sei“ (also die Umwandlung der Geld empfangenden Nichtregierungsorganisationen, deren Status inzwischen viele Basisgruppen übernommen haben, die Red.) „und mit der Konstruktion eines politisch-historisch-sozialen und kollektiven Subjekts anzufangen, das aus den Gemeinden und Völkern hervorkommt, um den Gemeinden „die Macht, um die Macht zu übernehmen“ wiederzugeben. Dies könnte tatsächlich ein erster Schritt in Richtung „Machtwiderstand“ sein“.

In seiner Grussbotschaft ruft auch Evo Morales auf: „Wir leben in Einklang und Harmonie mit der Natur und dem Kosmos; heute erheben wir uns dem Widerstand in die Offensive, um die wirtschaftliche, soziale, kulturelle, politische, juristische und ideologische Souveränität zurück zu gewinnen und die Beziehung zwischen Geschwistern und zwischen Völkern aufrechtzuerhalten.“

Wieder Schulfrei dank LehrerInnen!

Guatemala, 29. März. Und wieder einmal sind die LehrerInnen auf der Strasse und demonstrieren gegen die Privatisierungspläne des Bildungsministeriums. Dieses hatte Anfang März das neue Bildungsrahmengesetz dem Präsidenten zur Verabschiedung vorgelegt, ohne dass der bereits im Vorfeld vom Nationalen Lehrkörper scharf kritisierte Vorschlag die im Dialog zwischen Autoritäten und LehrerInnen erreichten Vereinbarungen berücksichtigte.

Zwei Grossdemonstrationen in der Hauptstadt und die Ausrufung der Permanenten Versammlung, an der die DozentInnen von 90% der öffentlichen Schulen, und somit rund 13'000 Institutionen, löste offenbar so viel Druck aus, dass Berger kurzfristig vorpreschte und seiner Ministerin in den Rücken fiel, indem er mit den LehrerInnen zu einer Einigung kam. Diese beinhaltete, dass – entgegen der von Ministerin María del Carmen Aceña ergriffenen Massnahmen – die Disziplinarverfahren gegen die am

Streik teilnehmenden LehrerInnen aufgehoben würden, alle Vor- und Grundschulen bis Mitte April mit den entsprechenden Fonds oder aber mit dem Material für Schulspeisung, Utensilien und Lehrmaterial ausgestattet werden, unabhängig davon, ob es einen Schulvorstand gibt. Zudem soll noch im April eine multisektorielle Kommission berufen werden, um eine Reglement für das Bildungsgesetz zu erarbeiten. Ausserdem einigte man sich auf die Fortführung der Diskussion um einen kollektiven Arbeitskonditionsakt und Berger wiederholte das Angebot, das Lehrgehalt um 8% zu erhöhen. Die DozentInnen forderten ursprünglich 15%, verlangen jetzt aber zumindest die rückwirkende Erhöhung ab Januar.

Erbost kündigte Aceña an, eher zurückzutreten, als ihre Verwaltungsvorgänge einzustellen, woraufhin Berger klein beigeben musste und die Frage nach den Disziplinarverfahren noch nicht geklärt ist.

Wird Sofía für Efraín zum Verhängnis?

Guatemala, 28. März. Efraín Ríos Montt ist bereits benachrichtigt worden: Am 30. Mai wird er vor Gericht erwartet und muss sich wegen Volkerermordes, Folter, illegale Verhaftungen und Terrorismus verantworten. Nach Monaten des gerichtlichen Hin und Her sind im Moment alle sowohl von Ríos Montt wie von den Mitangeklagten eingereichten Rekurse abgelehnt worden. (¡Fijáte! 374) Und es gibt Neuigkeiten: Die Staatsanwaltschaft hat Kopien des *Plans Sofía* erhalten, einem Bestandteil des *Plans Victoria 83*, Pläne die die militärischen Operationen im Departement Quiché und Huehuetenango und somit mehrere Massaker an der indigenen Bevölkerung im Zeitraum 1982-83 vorsahen. Wenn sich die Echtheit dieser Dokumente bewahrheitet, kann mittels *Sofía* und diversen ZeugInnenaussagen der Ex-General eindeutig zur Rechenschaft gezogen werden.

Für den 26. März war Verteidigungsminister Ronaldo Cecilio Leiva, der seinen aus Altersgründen Ende 2006 ausgeschiedenen Vorgänger Francisco Bermúdez seit Januar ersetzt, vorgeladen, um die Originale beider Pläne einzureichen. Ob er erschienen ist, wurde nicht bekannt. Im Vorfeld versuchte er zumindest, sich seiner Verantwortung zu entziehen, indem er sich auf das Militärgeheimnis berief, dem *Victoria 83* als „klassifizierte Geheimakte“ unterliege und gemäss einer Ministerialvereinbarung für 30 Jahre unter Verschluss bleiben sollte. Und *Sofía* würde nicht existieren, behauptete Leiva.

Als Nineth Montenegro seinerzeit die Geld-Skandale im *Militärischen Generalstab* (EMP) nachzuweisen suchte, berief sich das Verteidigungsministerium ebenfalls auf das Militärgeheimnis. Daraufhin entschied das Verfassungsgericht im März 2005, dass dieses allein in zwei Momenten zum Tragen käme: und zwar, wenn es sich um militärische oder diplomatische Angelegenheiten zur nationalen Sicherheit handelte oder wenn es Daten sind, die von Privatpersonen unter der Bedingung der Vertraulichkeitswahrung geliefert wurden. Keine der beiden Charakteristika trifft auf die Militärpläne zu. Montenegro wies zusätzlich darauf hin, dass sich das Militärgeheimnis ausschliesslich auf noch ausstehende OP-Pläne beziehe, nicht jedoch auf bereits durchgeführte. Und ihr Parteikollege Mario Fuentes Destarac beschwichtigte, dass eine Ministerialvereinbarung jederzeit widerrufen werden könne.

Die Tageszeitung *Prensa Libre* veröffentlichte inzwischen Ausschnitte aus den der Staatsanwaltschaft vorliegenden Papieren. Demnach sah der *Plan Sofía* die Mission vor, „die subversiven Elemente in der Region Quiché zu ver-

nichten, die Guerilla-Kräfte zu zerstören, das Gelände zu kontrollieren, um diese Mission zu erfüllen“. Aufgesetzt wurde der Plan im Juli 1982 - und ausgeführt werden sollte er bis September desselben Jahres - „in Erfüllung des Befehls durch die Leitungsebene des Generalstabs des Militärs“, so hielt Oberst Francisco Ángel Castellanos Góngora in einer Nachricht am 14. Juli 1982 schriftlich fest und konterkariert somit Leivas Behauptung. Castellano wurde vor 6 Monaten von Maskierten in der Hauptstadt ermordet.

Offenbar verfügt die Staatsanwaltschaft schon länger über die Kopien, zweifelte bislang aber an ihrer Authentizität und verzichtete deshalb auf die Vorladung von Ríos Montt und seiner Militärequipe. Um diese Fragwürdigkeit zu klären, hat der zuständige Richter Leiva wohl schon Ende Januar den Termin sei-

ner Vorladung genannt.

Unabhängig von diesen Dokumenten seien die Ermittlungen im vom Spanischen Gerichtshof im letzten Jahr aufgenommenen Völkermordprozess gegen insgesamt 5 hochrangige Militärs und 2 zivile Angeklagte an einen Punkt gekommen, dass der guatemaltekische Staat nun nicht mehr um die Entscheidung herumkomme, die Beschuldigten entweder im eigenen Land vor Gericht zu bringen oder aber an Spanien auszuliefern, so Edda Gaviola, Direktorin des Menschenrechtszentrums CALDH. Auf beiden Ebenen laufen entsprechende Gerichtsprozesse. Gaviola ist gar der Ansicht, dass das guatemaltekische Justizsystem sich vor einer Konjunktur befindet, die es erlaube zu beweisen, dass es möglich ist die Bedingungen zu schaffen, um den Völkermord im Land zu richten.

Es gehen Vielman & Sperisen, es kommt Adelita

Guatemala, 28. März. Anfang der Woche, nach einer langen Krise, die in einem Misstrauensvotum des Kongresses gipfelte, nach dem Tod von drei salvadorianischen Parlamentariern und deren Chauffeur sowie dem anschliessenden Mord an den der Tat verdächtigen Polizisten im Hochsicherheitsgefängnis, haben sowohl Innenminister Carlos Vielman als auch der Direktor der *Nationalen Zivilpolizei* (PNC) Erwin Sperisen ihre Ämter unwiderruflich niedergelegt. Zwar vereinbarte das Kabinett gemeinsam mit Präsident Óscar Berger, den Innenminister zu stützen und das Misstrauensvotum abzulehnen, das nach der Interpellation des Funktionärs durch die Patriotische Partei von dieser beantragt und vom Kongress mit 84 zu 41 Stimmen abgesegnet wurde, doch Vielman überraschte bei einer Pressekonferenz: „Ich habe entschieden, meine definitive Kündigung einzureichen. Und das tue ich, da das Thema der Inneren Sicherheit von der Opposition politisiert und nicht auf institutioneller Ebene behandelt wurde, und das in einem Wahljahr.“

Zuguterletzt wiegten über Vielman und Sperisen die Vorwürfe über die Teilnahme von den zwei Privatmännern Benítez bei dem Übergriff auf das Gefängnis Pavón im August 2006 schwer, bei dem laut Menschenrechtsprokurat (PDH) aussergerichtliche Hinrichtungen stattgefunden haben sollen. (¡Fijáte! 381) Dazu summierten sich die Beschuldigung hinsichtlich der Beteiligung von Sicherheitskräften in Todesschwadronen und die Verbindungen der Institutionen mit dem organisierten Verbrechen. Schliesslich hatte sogar der Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen darauf hingewiesen, dass die Kriminalabteilung

der PNC DINC aussergerichtliche Hinrichtungen verübt habe.

„Ich hatte die Entscheidung praktisch schon gefällt, als das Thema begann zu einer politischen Angelegenheit zu werden. Ich werde die politische Bürde auf mich nehmen, die das mit sich bringt,“ versicherte Vielman. Daran konnte dann auch Berger nichts mehr ändern.

Demgegenüber hatte Menschenrechtskommissionar Frank LaRue schon beizeiten Stellung in Bezug auf Sperisen bezogen und in einem Interview gemeint, der Polizeidirektor solle besser gehen, wenn er wüsste, was in seiner Institution vorginge. Und wenn er nicht Bescheid wüsste, sollte er erst seinen Hut nehmen. So akzeptierte Berger denn auch Sperisens Kündigung und bot ihm eine Stelle im Ausland an. Doch zunächst wird er auf seinen Ratsposten in der Gemeindeverwaltung der Hauptstadt zurückkehren und sich für die Staatsanwaltschaft bereitstellen.

Auch der Gefängnisgeneraldirektor Víctor Rosales, der Direktor des *Diario de Centro América* und Migrationsdirektor Santos Cuc gehen.

Schon am selben Tag stand Vielmans Ersatz fest: Adela Camacho Sinibaldi de Torrebiarte - von Berger mit "Ich will Adelita danken und ihren Mut anerkennen" im Amt begrüsst. Aus dem Unternehmenssektor stammend, als Mitgründerin der Vereinigung „Madres Angustiadas“ bekannt und Mitglied des *Sicherheitsbeirates* (CAS) übernimmt sie das Ressort für die restlichen neun Monate der amtierenden Regierung. Nach Ostern will sie ihren Arbeitsplan und die Ernennung für die ebenfalls freigewordenen Stellen bekannt geben.